



Energiepolitische Metamorphosen in der UNO

UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung tagt in New York

Vom 2.-12. Mai tagte zum 14. Mal die UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD), deren Hauptaufgabe die Umsetzungskontrolle der Agenda 21 und der Beschlüsse des Johannesburger Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung aus dem Jahr 2002 ist. Zum zweiten Mal begann sie einen Zweijahreszyklus, bei dem die Schwerpunktthemen im ersten Jahr gründlich analysiert und im zweiten Jahr daraus Politikempfehlungen gezogen werden sollen. Auf der Tagesordnung steht diesmal zentral Energie, ferner Luftverschmutzung, Klimawandel und industrielle Entwicklung.

Kaum eine Frage polarisiert politische Auseinandersetzungen so sehr wie die Debatte um die künftige Energiepolitik. Das gilt für die nationale genauso wie für die internationale Politik. Verglichen mit den harten Polarisierungen beispielsweise der letzten Energieverhandlungen der CSD 2001 oder aus den Klimaverhandlungen machte die diesjährige CSD allerdings einen deutlich besseren Eindruck. Die weit überwiegende Zahl der Ministerreden bezog sich in allererster Linie auf erneuerbare Energien, auf Energieeffizienz und Alternativen zum fossilen Energiesystem. Bereits Kofi Annan eröffnete das Ministersegment mit genau dieser Stoßrichtung. Während noch vor wenigen Jahren bei derartigen Konferenzen darüber spekuliert wurde, ob es überhaupt wissenschaftliche Beweise für den Klimawandel gebe, beschrieben viele Delegierte nunmehr den beginnenden Klimawandel in ihren Ländern. Das von vielen befürchtete Revival der Atomenergie wurde außer von wenigen Ländern, z.B. dem Iran, nicht gefordert. Natürlich ist auf der CSD auch keine klare Absage an die Atomenergie möglich, aber sie taucht doch in den Reden und in den Chairman's Summary-Dokumenten nur sehr verschämt auf (mit Sprachregelungen wie »alle Energieoptionen offenhalten«).

Zerstritten wie nie präsentierte sich die Gruppe der Entwicklungsländer (G77), in der alle Extreme des heutigen energiepolitischen Spektrums vertreten sind, von Saudi-Arabien bis zu den über

ihren beginnenden Untergang klagenden kleinen pazifischen Inselstaaten. Unter südafrikanischem G77-Vorsitz beschränkte sich die offizielle G77-Position anfangs auf die etwas hilflose Forderung, den Energieschwerpunkt etwas tiefer zu hängen, um nicht so sehr mit der Abstimmung gemeinsamer G77-Positionen gefordert zu werden. Aber diesen Ratschlag beherzigten die allermeisten G77-Minister noch nicht mal in ihren eigenen Reden: zu sehr brennt gerade der weitaus größten Zahl von Entwicklungsländern, nämlich den Öl-Importeuren, das Energieproblem unter den Nägeln.

Symptomatisch für die Krise eines auf importierten fossilen Energieträgern aufgebauten Entwicklungsmodells war die Tatsache, dass der diesjährige CSD-Vorsitzende, der georgische Energieminister Aleksishvili, außer zu einer kurzen Visite gar nicht erst erschien: er hatte zuhause eine massive Energiesicherheitskrise in Form



einer Auseinandersetzung mit Gazprom zu lösen. Deutlicher konnte man kaum noch unterstreichen, dass »weiter so« wirklich keine Option ist...

Massive Präsenz der Energiegroßkonzerne

Die zur Schau gestellte große Einigkeit in Sachen Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz darf jedoch nicht den Eindruck erwecken, dass der knallharte Richtungskampf über die Zukunft des globalen Energiesektors sich nun in Harmonie aufgelöst habe. Mitnichten. Mit einer nie gekannten massiven Präsenz drängten sich die konventionellen Energiegroßkonzerne von Exxon bis Qatar Gas Industries ins Bild. Der Vertreter der französischen CGT-Gewerkschaft sang brav das Lied der *Electricité de France*, einer der rückständigsten und am höchsten verschuldeten Stromkonzerne Europas. Aus den früheren »Multistakeholder-Dialogen« der CSD entwickelte sich klammheimlich ein High-Level-Segment von Ministern und Konzernchefs, bei dem Kritik oder Gegenrede etwa von anderen so genannten »Stakeholdern« erklärtermaßen unerwünscht war. Abgesehen von einem Vertreter des dänischen Windkraft-Weltmarktführers Vestas war kein einziger Vertreter eines zukunftsorientierten Energieunternehmens zu sehen, und dieser beendete seine Präsenz nach der ersten Woche frustriert mit der Begründung, er habe hier gegen die massive Präsenz der fest in fossiler Hand befindlichen Internationalen Handelskammer und des so genannten »World Business Council for Sustainable Development« sowieso nichts zu melden. Den Ton bei der CSD gaben die Wirtschaftsakteure an, die bisher bei jeder Form von Energiewende nur massiven Widerstand geleistet haben. Ursprünglich war das mit der größeren Offenheit der UNO für nichtstaatliche Akteure im Rio-Prozess mal etwas anders gemeint...

Es kann daher auch nicht verwundern, dass die von den konventionellen Energiebossen favorisierten Lösungen keineswegs auf die für die UNO so zentrale Frage eingingen, wie man denn den über 1 Milliarde Menschen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen verschaffen könne, die diese bisher nicht haben. Ihre Zauberworte heißen »clean coal«



und Kohlenstoff-Sequestrierung. Mit anderen Worten: die alten zentralistischen Großkraftwerksstrukturen, mit denen weder das ländliche Afrika jemals elektrifiziert werden wird noch moderne dezentrale Energietechnologien transferiert werden können. Unter der für nächstes Jahr anstehenden CSD-Präsidentschaft des Erdgas-Großproduzenten Qatar dürften sicherlich auch keine anderen Prioritäten gesetzt werden. Umso größer sind die Herausforderungen für die deutsche EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr, an die ausgezeichneten Alternativkonzepte anzuknüpfen, die im Rahmen der Renewables2004 und ihres Folgeprozesses initiiert wurden.

Neue Akzente setzen

Besser aufgestellt als sonst bei CSD-Tagungen üblich waren die NGOs. Das im Vorfeld der Renewables 2004 vom Forum Umwelt & Entwicklung initiierte NGO-Netzwerk CURES (www.cures-network.org) war mit einer Reihe kompetenter Aktivisten aus aller Welt präsent, organisierte mehrere größere und kleinere Side Events und stellte inhaltliche Positionen vor. Auch daran gilt es im nächsten Jahr anzuknüpfen, wenn es nicht mehr um den »review«, sondern um »policy recommendations« geht. Für die oft totgesagte und als irrelevant abgetane CSD könnte es eine Chance sein, jenseits der politischen Schützengräben der Klimaverhandlungen ein paar Ak-

zente zu setzen, mit denen sie die völlig fragmentierte internationale Energiepolitik beeinflussen könnte. Organisationen und Verhandlungsforen, in denen die fossilatomare Energiepolitik des vergangenen Jahrhunderts politisch zu überleben versucht, gibt es genug, von der G8 über die internationale Energieagentur bis zur Internationalen Atomenergieorganisation. Die diesjährige CSD deutet jedenfalls darauf hin, dass viele Entwicklungsländer sowie eine Reihe von EU-Ländern zu neuen Akzenten eher bereit sind.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Initiativen für erneuerbare Energien auf dem Vormarsch

Bioenergie Schwerpunkt beim ‚Partnerschaftsmarkt‘ der CSD14

Wie erwartet haben bei der 14. Sitzung der „Comission for Sustainable Development“ (CSD) vom 1. bis zum 12. Mai 2006 mehrere Plattformen und Initiativen den großen „Rückblick“ genutzt, um sich und ihre Programme zu präsentieren (siehe auch Artikel Rundbrief 1/06). Besonders auffällig waren die diversen Auftritte rund um das Thema Bioenergie.

Gleich drei internationale Initiativen lancierten ihre globalen Plattformen, allen voran die FAO¹. Die Struktur der so genannten „International Bio-Energy Platform“ (IBEP) wurde bereits während der Renewables 2004 das erste Mal der Öffentlichkeit präsentiert und soll nun ihre Arbeit aufnehmen. Sie hat den Anspruch, die Themen Landwirtschaft, Energie und Umwelt in einem multidisziplinären und globalen Ansatz zusammenzubringen und zu organisieren. Dabei soll in erster Linie Fachwissen für Entscheidungsträger, aber auch für Unternehmen generiert werden. Außerdem, und das könnte in Zukunft entscheidend werden, will die FAO mit ihrer Plattform internationalen Austausch und Zusammenarbeit zum Thema Bioenergie koordinieren.

FAO will Entwicklungsländer einbinden

Dabei will die FAO, ihrer Rolle entsprechend, besonders auch Entwicklungsländer in die derzeitigen Diskussionen um den Ausbau von Bioenergie einbinden und Potenziale wie auch Chancen herausstellen. Besonders vorteilhaft sind dabei die vielen Erfahrungen, die die FAO im Bereich Land- und Forstwirtschaft bereits hat. Diese Kenntnisse werden das Hauptkapital der Initiative sein, denn bisher verfügt sie weder über zusätzliche Mittel noch über eine inhaltliche Ausrichtung, um einer globalen Initiative politisches Gewicht verleihen zu können. Es wird also entscheidend sein, wie die FAO Bioenergie als Thema intern aufwerten wird, damit sie eine führende Rolle bei der internationalen Diskussion übernehmen kann. Ein weiterer Aspekt, der über den Erfolg entscheiden wird, ist ihre Fähigkeit Allianzen mit anderen „global players“ zu schmieden.

Die FAO ist eine UN-Organisation unter vielen. Mittlerweile haben sich 20 UN-Institutionen, die in irgendeiner Form mit Energie zu tun haben unter dem neu gegründeten Dach von UN-Energy zusammengefunden. Einige dieser Institutionen, wie z.B. UNCTAD², UNEP³, UNDP⁴ und UNIDO⁵ haben ein berechtigtes und teilweise bereits angemeldetes Interesse am

Thema Bioenergie. Wer die „Vereinten“ Nationen kennt, weiß, dass es zwischen den einzelnen Institutionen Animositäten und in gewisser Form auch Rivalitäten gibt. Es stellt sich also die Frage, ob die FAO die Autorität entwickeln wird, um die verschiedenen UN-Institutionen mit einbinden zu können, oder ob der Versuch unternommen wird, solche Aktivitäten an UN-Energy zu delegieren.

UN-Energy um Vereinte Nationen zu vereinen

UN-Energy präsentierte sich ebenfalls während der CSD14. Obwohl die Initiative bisher weder einen institutionellen Rahmen noch finanzielle oder personelle Ressourcen anzubieten hat, macht sie unmissverständlich klar, dass sie ab sofort in die Offensive gehen will und sich als neue Energieplattform der Vereinten Nationen präsentieren will. Dabei stützt sie ihre Hoffnung auf die üppige finanzielle Ausstattung von UNDP und schließlich die Internationale Atom Energie Behörde (IAEA). Bisher ist die Bedeutung dieser Initiative generell eher gering und auch der politische Wille scheint nicht sonderlich groß zu sein, dieses neue Dach zu stärken. Bislang scheinen eher konventionelle Energieträger im Mittelpunkt des Interesses zu liegen. Es stellt sich die Frage, ob